

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Amstalt der Stadt- und des Landkreises Merseburg
Illustrierte Beilage, der Unterhaltungs- „Am häuslichen Herd“
des „Garten, Land und Herd“ und dem „Krautgarten“
des „Garten, Land und Herd“ und dem „Krautgarten“

Abbestellung für den nächsten Wintermonat 10 Pfennig
Abbestellung für den nächsten Wintermonat 10 Pfennig

Ar. 275

Donnerstag, den 22. November 1928

55. Jahrgang

Neue Verankerung im Eisenkamp

Die Düsseldorferverhandlungen vertagt — Die Arbeitgeber gegen den Reichstag

Weitere Aussperrungen

Essen, 22. Nov. Die Schlichter, die sich den empfindlichen Verhandlungen in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie entgegenstellen, haben zu einer Vertagung gefügt. Nachdem das Schlichteramt die Verhandlungen am 20. November abgebrochen hat, ist in beiden Parteien der Wunsch erwacht, nach der Eingehung fester Bindungen die Entscheidung der ersten Kommission abzugeben. Die Verhandlungen seien deshalb bis zur Entscheidung des Gerichts ausgesetzt worden.

Zu dem Vertagungsbeschluss hat auch die Vertagung des Reichstages beigetragen, die eine langfristige Bindung einer Auslieferung der späteren Entscheidung des Reichsgerichtes absehen.

Die Metallindustrie gegen die Kürzungen der Reichsregierung.

Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller teilt mit: Der erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller hat sich mit den zur Zeit in Gang befindlichen Verhandlungen eingehend beschäftigt und mit großer Sorge verfolgt die Entwicklung des Streiks der rund 45.000 Arbeiter, der zur Durchsetzung ganz unerwarteter Forderungen von den Gewerkschaften vom 1. Oktober ab, dem Reichstag, dem Reichsgericht und dem Reichsamt für Arbeit und Beschäftigung entgegensteht. Die Metallindustrie hat sich gegen die Kürzungen der Reichsregierung, die eine langfristige Bindung einer Auslieferung der späteren Entscheidung des Reichsgerichtes absehen, ausgesprochen. Die Metallindustrie hat sich gegen die Kürzungen der Reichsregierung, die eine langfristige Bindung einer Auslieferung der späteren Entscheidung des Reichsgerichtes absehen, ausgesprochen.

Der erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes hat sich daher im Besonderen die gesamte deutsche Eisenindustrie auf den Ernst der Metallindustrie Angelegenheiten zuwenden, die die Auseinandersetzung in diesen zu gründe liegen. Eine allgemeine Lohnsteigerung, wie sie der Reichstag beschloss, würde eine Eisenpreis-erhöhung nach sich ziehen, die an der Höhe der niedrigen Lohnsätze und der damit verbundenen Schwierigkeiten für die Metallindustrie zu liegen kommen würde. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen und in den Arbeit und Beschäftigung absehen. Die Metallindustrie hat sich gegen die Kürzungen der Reichsregierung, die eine langfristige Bindung einer Auslieferung der späteren Entscheidung des Reichsgerichtes absehen, ausgesprochen.

Vorsicht bei den Metallarbeiterverbänden zur Weicung des Konfliktes.

Essen, 22. Nov. Von Christl in Metallarbeiterverband wird mitgeteilt: Zu der erneuten Vertagung der Verhandlungen im Arbeitskonflikt Nordost werden die Arbeitgeber in einer längeren Erklärung, der Öffentlichkeit gegenüber zu machen, dass bei der Gewerkschaften die Schuldigen für das Scheitern der Verhandlungen zu suchen sind. Wir sind der gegenseitigen Aufklärung zum besten Verständnis über das, was die Sachverhalte sind, und die Lösung der Aussperrung zu ermöglichen und weitere Organisationen der deutschen Metallindustrie zu verbinden, die folgende gemeinsame Erklärung der Metallarbeiterverbände, um eine weitere Entscheidung der Verhandlungen zu vermeiden, zum Zweck der Wiederherstellung der Arbeit fassen:

1. Die Aussperrung wird binnen ... Stunden zurückgenommen. Das Arbeitsverhältnis gilt nicht als unterbrochen. Maßregeln sind nicht statf. Es wird anerkannt, daß die Betriebsratsmitglieder noch im Amt sind.
2. a) Die Parteien sind darüber einig, daß das auf den Schlichterspruch vom 26. Oktober 1928 und der Vertagungsbeschlüsse vom 31. Oktober 1928 beruhende Arbeitsverhältnis durchzuführen ist, sofern durch rechtskräftiges Urteil die Gültigkeit des Tarifvertrages anerkannt wird.
- b) Bis zu diesem Zeitpunkt treten die bis zum 31. Oktober 1928 geltenden Lohnsätze und die letzte Zulage wieder in Kraft.

c) Lehnt das Arbeitsgericht die Gültigkeit des Tarifvertrages ab, so finden umgehend neue Verhandlungen zum Scheitern der Lohnsätze und des Arbeitsvertrages auf dem Auftritte der neuen Lohnsätze gleich provisorisch die beschriebene Lohnregelung in Kraft.

d) Geht der Reichstag zugunsten der Gewerkschaften aus, so sind vom 1. Oktober ab die Lohnsätze und die Arbeitsverträge zu gelten. Die Gewerkschaften sind bereit, sofern das Reichsgericht den Schlichterspruch als zu Recht bestehend anerkennt, bei Ablauf des Termins den Schlichterspruch nicht zum 31. März 1930, sondern bereits am 31. März 1929 festzusetzen. Bis zu der Entscheidung des Reichstages sind die Verhandlungen darüber zu machen, welche Bedingungen in den Betrieben eingetreten sind.

Diese einseitigen Vorschläge der drei Metallarbeiterverbände zeigen das hohe Verantwortungsgewissen ihrer Vertreter, um diesen Konflikt so bald als möglich zu beenden. Man war bereit, unter allen Bedingungen bis zur Entscheidung des Reichstages die Arbeit wieder aufnehmen und die Arbeiter des Schlichterspruches um ein Jahr zu verlängern, um den Arbeitgebern eine Erleichterung der sich heraus ergebenden Belastungen zu ermöglichen. Es ist selb, wenn die Arbeitgeber in einer Erklärung behaupten, die angebotene Vereinbarung der Lohnregelung befände sich in enger Anlehnung an die Wünsche der Gewerkschaften. Das Verhalten der Arbeitgeber zeigt, dass die Verhandlungen in der Lohnfrage bedeutet nach unserer Information nicht einmal 25 v. H. des materiellen Inhalts des Schlichterspruches zum 26. Oktober. Ein solches Verhalten von den Arbeitgebern eine allgemeine Lohnsteigerung abgelehnt. Das eine solche Vereinbarung keine Zustimmung des Reichstages, die davon absehen werden, erfordern das selbstverständlich. Wir wollen gerne anerkennen, daß die mit den Reichsamt für Arbeit und Beschäftigung abgelehnt. Das eine solche Vereinbarung keine Zustimmung des Reichstages, die davon absehen werden, erfordern das selbstverständlich.

Aus dem obigen geht hervor, daß die Reichsamt für Arbeit und Beschäftigung mitgeteilt, daß der Reichstag am 20. November die Aussperrung von 11.607 Arbeitern vertagt hat.

Vor Neubildung der Regierungskoalition?

Der Reichstag vertagt sich auf Dienstag nächster Woche

Der Reichstag hatte Dienstag nachmittags die außerordentliche Sitzung zu Ende geführt. Die letzten Stunden der Verhandlungen wurden von den Parteien der Reichsregierung, dem Reichstag und dem Reichsamt für Arbeit und Beschäftigung abgelehnt. Das eine solche Vereinbarung keine Zustimmung des Reichstages, die davon absehen werden, erfordern das selbstverständlich.

Das nationalsozialistische Wahlprogramm hat 219 Stimmen bei 21 Stimmenabstimmungen abgelehnt.

Rechtlich stimmen auch die Kommunisten dafür; daß noch andere — bürgerliche — Parteien ihrem Beispiel folgten, wäre anlässlich der bevorstehenden Reichstagswahl nicht nötig gewesen.

Die Reichsregierung hat bis Dienstag nächster Woche vertagt worden. Nach Berliner Meldungen will der Reichsminister für den Reichstag die Verhandlungen in der nächsten Woche wieder aufnehmen, um endlich Klarheit über die Lösung seines Konflikt zu einer formellen Regierung der Großen Koalition zu schaffen. Noch in dieser Woche sollen darüber beratende Besprechungen mit den Reichsministern in Berlin stattfinden. In der nächsten Woche ist in erster Linie die Anstellung des neuen Reichsministers, in zweiter Linie das Angebots 700-Mil.-Wahl-Zusatz. Man sieht in Berlin zu der Ansicht gelangt zu sein, daß man an eine Lösung dieser allmählich brennenden Fragen überhaupt nur dann mit einiger Aussicht auf Erfolg herangehen könne, wenn es vorher gelang, die bisher unentzerrlich ihre eigenen Wege verfolgenden Parteien auf der Grundlage eines bis ins Detail vereinbarten Koalitionsprogramms fest an das Nadelband zu binden. Welche Verhandlungen sollen die Parteien, wenn sie ohne feste Bindung sind, gern eingehen, die ihnen ohne parteilichem Vorurteil bringen können, aber in ihrer persönlichen Ausrichtung abhingen unterliegen sind. Geht die Koalitionsregierung ab, so sind die Parteien sich erbeulig lassen dürfen einzeln auf, und alle Angelegenheiten können wieder abgelehnt werden. Die Verhandlungen sind bis zum 31. Oktober 1928 geltenden Lohnsätze und die letzte Zulage wieder in Kraft.

Vor Antwort der Allierten an Deutschland

„Grundsätzliche Einigung über die Sachverständigen-Kommission erzielt.“

Reuter erzählt, daß der Wortlaut der Antwort, welche die Alliierten Regierungen über die vorgeschlagene Sachverständigen-Kommission zur Regelung der Reparationsfrage an die deutsche Regierung senden werden, noch nicht endgültig feststeht. Es wurde jedoch bekannt, keine Meinungsverschiedenheit über irgendeinen wichtigen Punkt besteht. Allgemeine und ungeschwächte Zustimmung wurde dem Vorschlag, zu dem Vorschlag abgelehnt werden, hervorgerufen. Amerikanische Finanzfachverständliche und Vertreter der Alliierten zur Teilnahme an der Arbeit des neuen Ausschusses einzuhalten. Jedes Land wird durch höchstens drei, möglicherweise auch nur durch zwei Sachverständliche vertreten sein, da man der Ansicht ist, daß ein kleiner Ausschuss besser ist. Gegen die Unabhängigkeit der Sachverständlichen werden Einwände nicht erhoben werden, wenn diese so zu verstehen ist, daß die Sachverständlichen ihrer eigenen Verantwortung unterworfen sind, bei ihren Arbeiten jedoch durch irgendeine unabhängige Kontrolle nicht behindert werden dürfen und daß keine von ihnen erzwungen wird, daß sie Befehle annehmen, die sie nicht billigen. Andererseits können die Befehle des Ausschusses nur einen bestimmten Charakter haben und werden an die betreffenden Regierungen abzuliefern gehen. Als Tagungsort kommt nur Brüssel am Rhein in Betracht, wobei man Paris aus technischen Gründen bevorzugen würde. Die Unabhängigkeit des Ausschusses wird „Times“ auf eine mehrdeutige Weise umfassen: „Zurückführung der Macht und Söhne der Alliierten die Deutschland häufig zur vollständigen und unabhängigen Entscheidung seiner Sachverständigen an autorisierten und qualifizierten Mächte für die dem Krieg entstandenen Kosten zahlen soll. Geschäft und Ordnung dieser Vollversammlung, die die Kapitalleistungen und Kommerzialisierung erfordern soll. An die deutsche Regierung, die in einer unabhängigen und unabhängigen Entscheidung der Sachverständigen in der betreffenden Vereinbarung und Organisationen unabhängigen Veränderungen.“

Die Sachverständigen des Ausschusses wird „Times“ auf eine mehrdeutige Weise umfassen: „Zurückführung der Macht und Söhne der Alliierten die Deutschland häufig zur vollständigen und unabhängigen Entscheidung seiner Sachverständigen an autorisierten und qualifizierten Mächte für die dem Krieg entstandenen Kosten zahlen soll. Geschäft und Ordnung dieser Vollversammlung, die die Kapitalleistungen und Kommerzialisierung erfordern soll. An die deutsche Regierung, die in einer unabhängigen und unabhängigen Entscheidung der Sachverständigen in der betreffenden Vereinbarung und Organisationen unabhängigen Veränderungen.“

Vor der Berliner Konferenz

Deutsch und Britenhead. — Echteste Vorzeichen. — Politische Wünsche.

Die zweite Dameskonferenz wird, wie uns der sonst gut eingeweihte „Newspaper „Reuter“ berichtet, nicht in Brüssel stattfinden. Nachdem jetzt die Alliierten Sachverständigen der Reihe nach ausgeschieden sind, bleibt nur noch Berlin übrig. In der deutschen Reichsregierung wird somit die Entscheidung über jene lebenswichtigen Teile des Versailles-Friedensvertrages fallen, die von den deutschen Kriegsgelassen handeln. Der Vorstoß der finanzpolitischen Erörterungen und sein Echo in der politischen Welt ist nicht gerade beruhigend.

Am Tag, wo Dames-Konferenz eine Substantiv-Delegation antritt, persönlich nämlich sämtliche Mitglieder, aber die W. R. Dames-Konferenz, außer scharf zurückgewiesen von amerikanischen Pressegelehrten, die an die Abreise des englischen Lorden Britenhead gerichtet sind, der bekanntlich Coolidge's Rede am Wallstreet-Platz eine gewisse Kritik unterzog. Soll dieser Besuch nicht seine Zweckmäßigkeit verlieren, das ist ein Problem, das weiter nichts als einen guten Willen verlangt. „Dames-Konferenz“ wird nicht wieder die amerikanische Finanzpolitik beibringen, wenn England und Frankreich sich in neue Kriegsbereitungen fügen. Die Finanzpolitik des letzten Weltkrieges kostete Amerika 9 Milliarden Dollar, die es in voller Höhe seinen Verbündeten geliehen, von denen es aber nur einen Teil wieder zurückbekommen hat. Diese scharfe Zurückweisung Lord Britenheads ist um so auffälliger, als die Dames-Konferenz seit Jahr und Tag die englisch-amerikanischen Beziehungen begünstigt und förderte.

Von deutschem Standpunkte aus ist die dringende Erörterung der englisch-amerikanischen Beziehungen zu bebauen. Ihre Ursachen liegen hier nicht unterirdisch werden. Das ist aber möglich mittelbar die deutsch-amerikanischen Beziehungen beeinflussen, nicht für jeden Politiker und Diplomaten außer Frage. Man haben wir nach langem Zeitraum in diesem Monat schon ein halbes Dutzend deutsch-amerikanischer englischer Minister vernommen. An ihnen setzt sich jetzt ein Urteil der höchsten englischen Juristen, der Kronjuristen, die durchgehend dem englischen Oberhaus angehören und den Kronrat des Königs zu bilden pflegen. Diesen Sachverständigen war die Aufgabe gestellt worden, die Reichsstände in ihren rechtlichen Beziehungen zu untersuchen. Sie sind jetzt mit „Daily Telegraph“ mittels, zu dem Schluss gekommen, daß Deutschland einen berechtigten Anspruch auf die sofortige Räumung der besetzten Gebiete besitzt. Ihre Unternehmung erforderte sich auf die Artikel 428 bis 431 des Versailles-Vertrages. Aus der Fassung des Artikels 431 geht hervor, daß man von dem Deutschen Reich nicht die völlige und unabhängige Erfüllung aller Verpflichtungen des Versailles-Vertrages einschließlich der restlichen Bezahlung aller Kriegsschulden als Voraussetzung der Räumung fordere, sondern nur die freiwillige Übernahme der entsprechenden Verpflichtungen. Der deutsche Anspruch wird auch durch den Eintritt des Reiches in den Völkerbund unterstützt, da nach Artikel 15 des Friedensvertrages die Notwendigkeit der Abenteurerbezahlung mit dem Völkerbund verbunden ist, in dem das Deutsche Reich Mitglied des Völkerbundes wurde. Eine authentische Mitteilung dieser diplomatischen Mitteilung bleibt abzuwarten. Sie benötigen aber keine Hilfe die Gelegenheit, um darauf aufmerksam zu machen, daß über die Zusammenfassung der zweiten Kommission, die man auf der Dames-Konferenz des Völkerbundes befragt und die die Räumung der besetzten Gebiete unmittelbar zu besetzen hat, bisher in allen Wägen Wägen besteht.

An der französischen öffentlichen Meinung herrscht heute ein geradezu außerordentliches Durcheinander. Wer sich einen politischen Erfolg erlauben will, man die Gemütsabstimmungen des Reiches „Times“ und des „Echo de Paris“ einmal zusammenstellen und gegeneinander aufeinander lassen. Letzterer meint, daß die Verhandlungen über die Revision des Dames-planes unter seinen guten Vorzeichen beginnen. Dieser hätte nämlich die Franzosen erlaubt, daß die Lösung des Problems mit amerikanischer Hilfe praktisch durchgeführt werden können. Nach der letzten Rede des Präsidenten Coolidge wäre aber dieses Vorhaben eingestürzt. Derartiger Überdies, wie ihn Letzterer offenbar bis zur Rede des Präsidenten Coolidge am Wallstreet-Platz

Diplomatischer Konflikt mit Rumänien?

Der Berliner Erklärungen, wonach an der Reichsregierung die deutsch-rumänischen Verhältnisse kein Zweifel besteht, findet hier keine Bestätigung. Die rumänische Regierung hat die deutsch-rumänischen Verhältnisse in der letzten Zeit mehrfach in der Öffentlichkeit vorgetragen. Die rumänische Regierung hat die deutsch-rumänischen Verhältnisse in der letzten Zeit mehrfach in der Öffentlichkeit vorgetragen. Die rumänische Regierung hat die deutsch-rumänischen Verhältnisse in der letzten Zeit mehrfach in der Öffentlichkeit vorgetragen.

